

21. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 21. FEBRUAR 2006

Vorlage Nr. 583 ANTRAG
Zu TOP 23

A N T R A G

der Stadträtin Dr. Gisela Splett und des Stadtrats Klaus Stapf (GRÜNE)
sowie
der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 24. Januar 2006

Masterplan 2015

- Der Gemeinderat beschließt,
- neben der bereits durchgeführten Umfrage, der laufenden Internet-Befragung und der für Januar geplanten Zukunftskonferenz weitere Elemente der Bürgerbeteiligung in den Prozess zur Erstellung des Masterplans mit aufzunehmen. Allen interessierten Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern soll die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben werden.
 - den Zeitplan für die Fertigstellung des Masterplans über Mai 2006 hinaus zu öffnen und bis dahin lediglich einen Zwischenbericht zu erstellen
 - eine klare Fokussierung auf die Bedürfnisse, Vorstellungen und Wünsche der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen und beauftragt die Verwaltung,
 - einen neuen Zeitplan mit detaillierten Angaben zu den vorgesehenen Arbeitsschritten und Beteiligungselementen vorzulegen.

Sachverhalt / Begründung:

Vor wenigen Monaten wurde in Karlsruhe der Startschuss für die Erarbeitung eines ‚Masterplans‘ gegeben. Eine Auftaktveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern städtischer Ämter und der Fraktionen fand am 28.09.05 statt. Dem vorgegebenen Zeitplan entsprechend, wurde im Dezember 2005 die Analysephase abgeschlossen. Ende Januar wird eine 1 1/2-tägige Zukunftskonferenz stattfinden, zu der per Zufallsgenerator ausgewählte Bürgerinnen und Bürger eingeladen wurden. Schon bis März sollen Ziele formuliert und Leitprojekte definiert werden. Im April ist eine Klausursitzung des Gemeinderats vorgesehen und bereits im Mai soll der Masterplan ‚fertig‘ sein. Wir meinen, dass bei der Erstellung eines Masterplans auch ‚der Weg das Ziel‘

ist. Ebenso wichtig wie der fertige Plan sind die vorausgegangenen Diskussionen, das gemeinsame Nachdenken und die Verständigung über Herausforderungen und Ziele. Ein Vergleich mit dem Masterplan-Prozess in Ludwigsburg, der im Rahmen der Auftaktveranstaltung vorgestellt wurde, zeigt, dass der Karlsruher Zeitplan außerordentlich eng ist. In Ludwigsburg wurde der Prozess im Juni 2005 angestoßen. Eine erste Zukunftskonferenz fand im September 2005, nach einem so genannten "Dialogsommer" mit verschiedenen Veranstaltungen, statt. Eine zweite Zukunftskonferenz ist für Januar 2006 vorgesehen. Erst danach beginnt in Ludwigsburg die eigentliche Erarbeitung des Masterplans.

Und noch ein zweiter Unterschied zu Ludwigsburg fällt auf: Während dort der Fokus auf die Frage gelegt wurde, wie die Bürgerinnen und Bürger ,in Zukunft in Ludwigsburg miteinander leben, wohnen und arbeiten wollen', fehlt in Karlsruhe eine derart klare Zielsetzung. Aspekten der Außenwirkung, insbesondere Fragen des Stadtmarketings wird im bisher laufenden Prozess ein zu hoher Stellenwert eingeräumt. Ein Masterplan muss nach unserer Meinung vorrangig auf die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden, Authentizität und Innenwirkung vor Außenwirkung stehen!

Die im Rahmen der Analysephase durch Befragungen erstellte Datenbasis ist nicht repräsentativ und kann nicht als Grundlage der Wünsche und Bedürfnisse der Karlsruher Bevölkerung dienen. Durch die gewählten Fragestellungen wurden Gewichtungen vorgegeben; bei der Auswertung ist keine klare Systematik erkennbar; die Auswertung lässt Spielraum auch für andere Interpretationen. Inwieweit die Ergebnisse der durchgeführten Ämterworkshops eingeflossen sind, ist nicht nachvollziehbar. Die Zusammenfassung einzelner Themen besonders beim Handlungsfeld Miteinander dürfte in vielen Fällen nicht der Intention der Beteiligten entsprechen.

Das Verfahren ist nicht ergebnisoffen, wenn schon jetzt konkrete Maßnahmen wie z.B. die 2. Rheinbrücke genannt werden, auch wird durch zu frühe Nennung von Maßnahmen die Kreativität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeschränkt.

Uns ist wichtig, dass der Masterplan zusammen mit der Bürgerschaft erarbeitet wird und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt die Möglichkeit erhalten, sich mit ihren Anliegen, Fähigkeiten und Erfahrungen einzubringen. Auch die Auswahl der Handlungsfelder und Maßnahmen sollte nicht einem verwaltungsinternen Gremium vorbehalten sein. Bezüglich der

Bürgerbeteiligung beim Projekt City2015 steht noch viel Kritik im Raum. Deshalb sollte bei der Erstellung des Masterplans besondere Sorgfalt auf Transparenz und Kontinuität des Prozesses gelegt werden. Der anberaumten Zukunftskonferenz kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie kann jedoch den notwendigen, breit angelegten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern nicht ersetzen und ist als Grundlage für weitere Arbeitsschritte nicht ausreichend. Bereits heute zeichnet sich ab, dass der enge Zeitplan dem Masterplan nicht dienlich ist und dass im Sinne einer breiten Beteiligung der Bürgerschaft und der gesellschaftlichen Gruppen weitere Beteiligungselemente notwendig sind.

gez. Dr. Gisela Splett
gez. Klaus Stapf

Hauptamt - Sitzungsdienste -
8. Februar 2006

Stellungnahme: